Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3545**

15. Wahlperiode 01. 07. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Dr. Volker Wissing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/2668 –

Projekt des Umweltbundesamtes zur so genannten verdeckten Feldbeobachtung stoppen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Gitta Connemann, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Dr. Peter Jahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2969 –

Vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz stärken

A. Problem

Die Antragsteller kritisieren in getrennten Anträgen ein Projekt des Umweltbundesamtes (UBA), das mittels „verdeckter Feldbeobachtung“ und ggf. unterstützt durch die Entnahme von Boden- und Pflanzenproben ein Fehlverhalten der Landwirte bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln feststellen soll. Ziel der Untersuchung sei laut UBA, „einen realistischen Überblick über die Anwendungspraxis im Pflanzenschutz und den Umgang mit Abstandsregelungen zu gewinnen“. Diese Maßnahme der „verdeckten Feldbeobachtung“ diskreditiere und kriminalisiere den Berufsstand der Land- und Forstwirte und sei kein legitimes Mittel der Kontrolle des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln.

B. Lösung

Ablehnung beider Anträge mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Drucksache 15/2668 und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/2668 – abzulehnen;

2. den Antrag – Drucksache 15/2969 – abzulehnen.

Berlin, den 16. Juni 2004

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Gustav Herzog
Berichterstatter

Gitta Connemann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gustav Herzog, Gitta Connemann, Friedrich Ostendorff und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 109. Sitzung am 7. Mai 2004 die Anträge – Drucksachen 15/2668 und 15/2969 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 15/2969 wurde zusätzlich an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur Mitberatung überwiesen.

II. Inhalt der Vorlagen

Die Antragsteller bemängeln in getrennten Anträgen das vom Umweltbundesamt (UBA) gewählte Verfahren zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, um „einen realistischen Überblick über die Anwendungspraxis im Pflanzenschutz und dem Umgang mit Abstandsregelungen zu gewinnen“. Durch eine Projektausschreibung des UBA soll mittels „verdeckter Feldbeobachtung“ auf gewässernahen landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen und ggf. unterstützt durch die Entnahme von Boden- und Pflanzenproben ein Fehlverhalten der Landwirte bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erfasst werden. Durch diese Maßnahme werde der Berufsstand der Land- und Forstwirte diskreditiert und kriminalisiert; sie diene nicht einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz.

Angesichts der Tatsache, dass die in Deutschland tätigen Landwirte bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln strengste Auflagen erfüllen müssen, sei das in dieser Maßnahme zum Ausdruck kommende Misstrauen unbegründet und führe dazu, das Vertrauen in die Arbeit und die Leistungen der Landwirtschaft zu untergraben.

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag auf Drucksache 15/2668 u. a. aufgefordert,

– das Projekt des Umweltbundesamtes zur „verdeckten Feldbeobachtung“ unverzüglich zu stoppen und aufzugeben,

– sich unverzüglich und eindeutig von dem Projekt des UBA zu distanzieren, um weiteren Schaden für das Amt und die heimischen Land- und Forstwirte abzuwenden.

Im Antrag auf Drucksache 15/2969 wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz) vorzulegen, mit dem insbesondere § 38 des Gesetzes u. a. dahin gehend ergänzt werde, dass

– die dort geregelten Eingriffsmaßnahmen wie Bodenuntersuchungen oder Ähnliches nur nach vorheriger rechtzeitiger Ankündigung durch die zuständigen Behörden erfolgen dürfen,

– sichergestellt werde, dass neben allen Bediensteten und sonstigen Beauftragten auch alle Vertragspartner der zuständigen Behörden per Vertragsklausel an diese Regelung gebunden werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 50. Sitzung am 16. Juni 2004 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/2969 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 61. Sitzung am 16. Juni 2004 den Antrag auf Drucksache 15/2969 mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 43. Sitzung am 30. Juni 2004 die Vorlagen auf den Drucksachen 15/2668 und 15/2969 abgelehnt. Der Antrag auf Drucksache 15/2668 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, der Antrag auf Drucksache 15/2969 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlagen auf den Drucksachen 15/2668 und 15/2969 in seiner 44. Sitzung am 16. Juni 2004 ohne Aussprache behandelt und den Antrag auf Drucksache 15/2668 mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie den Antrag auf Drucksache 15/2969 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP hatten vor Behandlung der beiden Vorlagen den Sitzungssaal geschlossen verlassen, nachdem vorher ein von ihnen eingebrachter Antrag auf Vertagung der Debatte zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuordnung des Gentechnikrechts von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden war.

Berlin, den 16. Juni 2004

Gustav Herzog	**Gitta Connemann**	**Friedrich Ostendorff**	**Dr. Christel Happach-Kasan**
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333